

Die österreichischen Nationen.

Wien, 18. Oktbr. (Priv.-Tel.) Das kaiserliche Manifest wurde gestern abend um 6 Uhr durch Extraausgaben der amtlichen „Wiener Zeitung“ in den Straßen verbreitet. Ein außerordentlicher Eindruck des Erscheinens dieses hochwichtigen politischen Schriftstücks läßt sich nicht verzeichnen. Teils war die Bevölkerung auf den Inhalt dieser staatsrechtlichen Kundgebung der Krone bereits vorbereitet, teils überrag schon von vornherein die Anschauung, daß das Manifest von der überwiegenden Anzahl der Reichsratsabgeordneten nicht als geeignete Grundlage für die Ueberleitung der Monarchie in einen Staatenbund befunden wird.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die praktische Durchführung der im Manifest enthaltenen allgemeinen Grundsätze vorläufig nicht abzusehen ist. Die Tschechen haben ihre Mitwirkung bereits gestern abgelehnt und vertreten den Standpunkt, daß die Gründung eines tschecho-slowakischen Staates eine internationale Angelegenheit sei, die nur auf dem Friedenskongreß vollzogen werden könne. Die vorgeschlagene Lösung sei auch schon aus dem Grund nicht diskutabel, weil auf dieser Grundlage infolge der Integrität Ungarns die Slowaken in die tschechische Staatsgründung nicht mit einbezogen werden können. Es scheint allerdings, als ob sich auch bei den Tschechen schon eine zum Einlenken bereite Strömung zeige. Die radikal-sozialistische Strömung, welche in den tschechischen Gebieteilen Böhmens immer erkennbarer die Oberhand gewinnt und immer deutlicher die Formen des Bolschewismus annimmt, macht einzelnen bürgerlichen Gruppen bereits Bedenken. Trotzdem kann damit gerechnet werden, daß sich der Verband der tschechischen Parteien gegenüber dem Manifest ablehnend verhalten wird. Dasselbe gilt von den Südslawen, deren Sprecher gestern im Delegationsausschuß für äußere Angelegenheiten erklärt hat, die Südslawen seien an dem Inhalt des Manifests vollkommen desinteressiert. Sie betrachten diese Lösung als einseitig, da Kroatien, Bosnien und die Herzegowina überhaupt nicht erwähnt sind.

Die Rumänen haben sich bereits gestern als Nationalversammlung konstituiert und an die fünf ungarisch-rumänischen Abgeordneten eine Einladung gerichtet, dieser Nationalversammlung ebenfalls beizutreten. Sie beanspruchen einen selbständigen Staat im Rahmen der Monarchie, der außer den rumänischen Gebieten in der Bukowina auch die auf ungarischem Territorium befindlichen Teile umfaßt. Es greifen also auch die rumänischen Aspirationen über den Rahmen der im Manifest vorgesehenen Lösung weit hinaus. Dasselbe gilt von den Ukrainern, die sich am 19. Oktober in Lemberg zu einer Nationalversammlung unter dem Abgeordneten Ritter Jspeskul Grecul als Obmann konstituierten und die Vereinigung der ukrainischen Gebiete Ostgaliziens, der Bukowina und Ungarns als Forderung aufstellen werden.

Was die Haltung der deutschen Abgeordneten betrifft, so wird von ihnen ausdrücklich erklärt, daß die am Montag in Wien zusammentretende deutsche Nationalversammlung unabhängig vom kaiserlichen Manifest erfolgt. Diese Versammlung wird aus allen deutschen Reichsratsabgeordneten bestehen. Ihre Tagesordnung wird Samstag Nachmittag festgestellt werden. Die Deutschen konstituieren sich auf Grund ihres Selbstbestimmungsrechts als Nation und warten alles übrige ab.

Der Gesamteindruck ist, daß die im Manifest vorgesehene Lösung niemanden befriedigt. Es wird daher in politischen Kreisen nur als ein Versuch angesehen, dessen Aussichten sehr gering eingeschätzt werden. Gänzlich in der Luft schwebt der Reichsrat, der im Sinne des Manifests seine Arbeiten bis zur Konstituierung der Nationalstaaten fortsetzen soll. Das Manifest hat vor allem die Wirkung, daß das mangelnde Interesse bei den Parteien an den Arbeiten des Parlaments womöglich noch geringer geworden ist als vorher. Das Abgeordnetenhaus soll am Dienstag wieder zusammentreten. Es kann aber als sicher angenommen werden, daß eine positive Arbeit vorläufig nicht möglich ist. Um die von der Regierung so dringend geforderte Steuervorlage kümmert sich niemand mehr. Wie das Kabinett Haffarel die Durchführung der im Manifest vorgesehenen Lösung vollziehen will, weiß heute noch niemand.